

als sein Vize nominiert, die Absprache bis dahin aber geheimgehalten werden. Diese Absprache, so Brandt vor dem Parteirat, „war nicht mehr einzuhalten“.

Schon am 18. März, es war der Mittwoch vor dem turbulenten Rücktritts-Montag, und die öffentliche Diskussion über Frau Mathiopoulos begann erst, mußte die Vierer-Runde nach Brandts Darstellung eine erste Korrektur vornehmen: Die Vereinbarung vom 13. Februar sollte zwar weiterhin geheim bleiben, aber nicht mehr bis zum Ende des Jahres, sondern nur noch bis Ende Mai. Dann sollte – nach den Wahlen in Hessen, Hamburg und Rheinland-Pfalz – auf einer Klausurtagung des SPD-Vorstands Klarheit geschaffen werden.

„Ein paar Tage später“, so Brandt vor den Genossen, habe es „in einigen Zeitungen Meldungen“ über die Vierer-

ten Programm-Kommission, den Brandt endgültig niederlegte. Vogel interessierte sich für diese Aufgabe. Das neue Parteiprogramm, so seine Überlegung, sollte mit dem Namen des neuen Vorsitzenden verbunden sein. Aber auch Lafontaine meldete sein Interesse an.

Brandt selbst hatte sowohl im Vorstand als auch im Parteirat um Verständnis gebeten. Er könne das begonnene Werk nicht vollenden. Was Brandt dann sagte, wurde – je nach Interessenlage – unterschiedlich verstanden.

Die einen wollen gehört haben, daß der Vorsitzende die künftige Arbeit am Parteiprogramm mit „der Autorität des neuen Parteivorsitzenden“ verknüpft sehen wollte – Empfehlung für Vogel. Andere erinnern sich, Brandt habe von der „Autorität der neuen Parteiführung“



Sozialdemokraten Clement, Rau: Eine Reihe häßlicher Interviews?

Absprache gegeben, „und das Wochenende gab mir dann den Rest“ – da nämlich sei eine Reihe „häßlicher Interviews“ erschienen.

Auch in dieser Darstellung steckte wieder eine Spitze gegen den Rau-Vertrauten Clement. Dessen „Morgenpost“ hatte als erste Tageszeitung über die neueste Vierer-Absprache berichtet – kein Zufall, vermutet der Vorsitzende.

Selbst Vogel sieht sich dem Verdacht ausgesetzt, seinen Parteichef nicht rechtzeitig vor „Fallgruben“ gewarnt zu haben. Schließlich war er es, der Brandt auch dann noch ermunterte, an der Berufung der Griechin festzuhalten, als der im Präsidium zu schwanken begann.

Mit Argwohn registrierte der Fraktionschef deshalb letzte Woche den Beginn eines neuen innerparteilichen Gerangels um den Vorsitz der sogenann-

gesprochen – Empfehlung für Lafontaine?

Der saarländische Ministerpräsident will aber den Kommissionsvorsitz nur übernehmen, wenn Vogel es nicht macht, und hat dies dem Fraktionschef auch mitgeteilt. Vogel selbst setzte ein Zeichen. Um dem Argument zu entgegen, er häufe zu viel Arbeit auf seinem Schreibtisch, gab er den Vorsitz in der Antragskommission ab. Die Arbeit vor dem Sonderparteitag in Bonn soll Johannes Rau übernehmen.

Und in einem Hintergrundgespräch erinnerte der Oppositionsführer außerdem beziehungsreich an einen seiner Vorgänger, Erich Ollenhauer. Der habe, so belehrte Vogel seine Zuhörer, auch kurz vor dem historischen Programm-Parteitag der SPD 1959 in Godesberg den Vorsitz der Programm-Kommission übernommen.

STEUERN

Grausam vermascht

Die Deutsche Bank hat es besser als Bürger, die Weihnachtsgeld bekommen: Der Milliarden-Gewinn aus dem Flick-Verkauf bleibt weitgehend steuerfrei.

Wer die Büros der Alma Beteiligungsgesellschaft mbH auf der Düsseldorfer Königsallee finden will, muß lange suchen. Die Spur führt zu Hausnummer 47, ins Düsseldorfer Domizil der Deutschen Bank.

Irgendwo im Haus, inmitten alltäglicher Bank-Geschäfte, ohne Firmenschild oder eigenen Telephonanschluß, wirken die Geschäftsführer der Alma. Nur wenige Bedienstete des großen Bank-Hauses wissen um deren Existenz.

Dabei hat die kleine Firma (Stammkapital: eine Million Mark) Großes geleistet: Sie hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Gewinne der Deutschen Bank AG – Eigentümerin der Alma – im vergangenen Jahr explodierten. Durch Kauf und Weiterverkauf des ehemaligen Flick-Konzerns wuchs das Betriebsergebnis der Deutschen Bank um über 35 Prozent. Ohne den Flick-Deal – und ohne Almas segensreiches Wirken – wäre die größte Bank der Republik rechnerisch nur mal gerade um sieben Prozent reicher geworden.

Der Clou: Weil die Bank-Mutter ihre Tochter geschickt einsetzte, kann sie die Milliardengewinne weitgehend steuerfrei kassieren. Von Anfang 1986 gezahlten 2,2 Milliarden Mark an Kapitalertrag- und Körperschaftsteuern verlangt die Bank-Gehilfin jetzt 1,9 Milliarden zurück – und wird sie wohl bekommen.

Völlig legal haben die Bank-Profis die Finanzbehörden ausgetrickst. Eine Lücke im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht macht das Wunder möglich.

Der Zugriff auf den anderen Profiteur der Flick-Transaktion ging dem Fiskus ähnlich daneben: Auch hier sorgte ein verdrehter Steuerparagraph dafür, daß Friedrich Karl Flick für seine Einnahme von 5,36 Milliarden Mark, die er von der Deutschen Bank für seine Firmen bekam, nicht wie jeder gewöhnliche Arbeitnehmer beim Weihnachtsgeld mit Steueraufschlägen bestraft wurde.

Wie ein kleiner Vorstadt-Krämer, der gezwungen ist, seinen Tante-Emma-Laden aufzugeben, um vom Erlös seinen Lebensabend zu finanzieren – das ist exakt der Grund für jenes Steuersparprivileg –, konnte Flick den Spitzensatz von 56 Prozent auf die Hälfte reduzieren. Ersparnis für den Frührentner, nach Abzug der Buchwerte: mindestens 800 Millionen Mark.

Der Arme-Leute-Tarif für Verkäufer Flick ist genauso rechtens wie die Rückforderung der Deutschen Bank. Das bezweifelt auch der SPD-Steuerexperte



Bankier Christians, Minister Posser, Verkäufer Flick: Alma, die Segenspendende, vollbrachte ein Wunder

Dieter Spöri nicht, der Flicks Steuerlücken seit Jahren kritisch begleitet. Spöri fordert nach dem Dreh der Deutschen Bank, „diese Steuerlücken sofort zu schließen“, sonst würden andere den Gesetzgeber genauso „grausam vernaschen“.

Die Finanzminister in Bonn, Düsseldorf und Wiesbaden wissen seit längerem, daß sie von den Bank-Spezialisten ausgespielt worden sind. Sie streiten seit Monaten nur noch darum, wer zahlen muß. Dabei ist eine Hälfte unstrittig: Knapp eine Milliarde wird Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg aufbringen. Schließlich hatte der Bund auch von den im Vorjahr gezahlten Steuern die Hälfte eingestrichen.

Die zweite Milliarde wird wohl am ohnehin hochverschuldeten Etat des nordrhein-westfälischen Finanzministers Diether Posser hängenbleiben. Der findet dies höchst ungerecht. Denn NRW hat von den gezahlten Steuern im vergangenen Jahr nicht einmal 200 Millionen Mark bekommen; der Rest wurde auf andere Länder verteilt, in denen Flick-Firmen tätig waren.

Jetzt, so hat der Bundesfinanzminister als oberster Rechtsausleger entschieden, soll Posser knapp eine Milliarde rausrücken. Andere Länder, die vor Jahresfrist kassierten, dürfen ihre Gelder behalten.

Scurrilerweise konnte die Deutsche Bank darüber bestimmen, von wem sie die Steuern zurückbekommt. Im vorigen Frühsommer wurde der Firmensitz der Alma von Frankfurt nach Düsseldorf verlegt, wo sich Bank-Chef Friedrich-Wilhelm Christians der Details annahm. Damit verschob sich die Rückzahlungspflicht von Hessen nach NRW. Was das für „ungeheure politische Manipulationsmöglichkeiten“ eröffne, entsetzt sich SPD-Spöri, „die hätten doch auch das kleine Bremen wählen und damit in den Ruin treiben können, wenn sie gewollt hätten“.

Ausgerechnet Nordrhein-Westfalen hatte zwischen 1974 und 1976 immer wieder erfolglos versucht, diese Steuerlücken schließen zu lassen, für die das Land jetzt bluten soll.

Eindringlich warnte der aus Düsseldorf entsandte Regierungsdirektor Schad am 1. April 1976 im Finanzausschuß des Bundestages, daß „die Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften“ in bestimmten Fällen „nur formal besteuert“ werde, also gar nicht. Schad schilderte sodann, was zehn Jahre später die Spezialisten der Deutschen Bank in die Tat umsetzten.

Das Bonner Finanzministerium (Chef damals: Hans Apel, SPD) sah dagegen keine Gefahr. Sein Ministerialdirigent Adalbert Uelner wies die Bedenken aus Düsseldorf zurück. Man werde diese Lücken besser an anderer Stelle – statt im Körperschaftsteuergesetz lieber im Einkommensteuerrecht – schließen.

Die Parlamentarier waren mit diesem Hinweis überfordert: Die höchst komplizierten Feinheiten des Körperschaftsteuerrechts versteht allenfalls ein Dutzend Fachleute. NRW blitzte ab, der Wille der Bonner Steuerabteilung geschah. Doch der Versuch, die erkannten Steuerlöcher zu schließen, ging bei den nachfolgenden Steueränderungen daneben.

Was den Finanzpolitikern und Steuerbeamten über die Jahre entging, kam den versierten Spezialisten der Deutschen Bank zupaß. Nachdem an der Jahreswende 1985/86, der ehemalige Flick-Konzern für 5,36 Milliarden Mark in den Besitz der führenden Großbank übergegangen war, krepelten die neuen Eigner ihren Besitz planvoll um.

Ein Kernbereich des erworbenen Konglomerats aus Firmen und Beteiligungen wurde zu einem neuen Unternehmen zusammengeschweißt und Feldmühle Nobel AG genannt. Die Feldmühle verkaufte sofort die übrigen Teile des alten

Flick-Imperiums: Aktien des US-Mischkonzerns Grace, ein Zehn-Prozent-Paket von Daimler-Benz, Anteile an der Gerling-Versicherung. Der Resteverkauf brachte mehr ein, als die Bank für den gesamten Flick-Besitz bezahlt hatte, nämlich 5,42 Milliarden Mark.

Davon durfte die Feldmühle 449 Millionen Mark behalten. Die verbleibenden knapp fünf Milliarden standen nun der Feldmühle-Eigentümerin, jener Alma von der Deutschen Bank, zu. Bevor die Überweisung an die Alma erfolgte, wurden allerdings, korrekt und steuererhrlich, 2,2 Milliarden Mark als Körperschaft- und Kapitalertragsteuer abgezogen und ans Finanzamt abgeführt.

Die Alma schloß, Ende Januar, die Bücher und machte sich an die Steuererklärung: 2,816 Milliarden waren ihr aus dem Sonderverkauf, nach Abzug der Steuern, netto zugeflossen. Aber – so argumentierte nun die kluge Alma – bei ihrem verbleibenden Besitz, der Feldmühle, sei ja nun eine Wertminderung eingetreten. Schließlich sei die Feldmühle nach dem Ausverkauf der Beteiligungen weniger wert als zu dem Zeitpunkt, als man sie von Flick erworben habe.

Diese Wertminderung war genau der Dreh, vor dem die NRW-Steuerleute gewarnt hatten.

Die eingenommenen 2,816 Milliarden reduzierten sich bei Alma auf einen steuerlich relevanten Gewinn von nur noch 500 bis 600 Millionen Mark. Dafür waren an Körperschaft- und Kapitalertragsteuer mal gerade 300 Millionen fällig. Konsequenter und im Einklang mit dem Gesetz forderte Alma am 2. Januar 1987, das Finanzamt möge ihr von den 2,2 Milliarden Mark, die im Jahr zuvor von der Feldmühle für das Geschäft abgeführt worden waren, exakt 1 929 625 Millionen Mark zurückgeben.

Das Ergebnis, jenseits der Steuerdetails, grenzt an ein Wunder: Zu den

2,816 Milliarden, die dem Bank-Ableger bereits netto zuflossen, kommen jetzt noch einmal knapp zwei Milliarden als Steuergutschrift. Der Daimler-Grace-Gerling-Verkauf bleibt bei der Deutschen Bank somit nahezu unbesteuert.

Es liegt auf der Hand, daß die Bank und Friedrich Karl Flick dies von vornherein so geplant hatten. Hätte die Deutsche Bank bei der Abwicklung des Geschäfts Milliarden an Steuern bezahlen müssen, hätte sie die Last mit Sicherheit an Flick weitergereicht.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1986 verkaufte Alma dann den Kernbereich des einstigen Flick-Reiches, die Feldmühle, und sahnte dabei noch einmal 1,955 Milliarden Mark ab. Damit nahm die Deutsche Bank beim Verkauf des Ex-Flick-Konzerns via Alma gut 6,7 Milliarden Mark netto ein. An Flick hingegen bezahlte die Bank 5,35 Milliarden.

Alma verdient ihren lateinischen Namen zu Recht: die Nährende, die Segenspendende.

AUTO-INDUSTRIE

Signale setzen

Der neue Audi 80 verkauft sich bislang blendend. Doch der Erfolg kann die vielerlei Schwierigkeiten der VW-Tochter nicht verdecken.

Audi-Chef Wolfgang Habel freute sich auf das Essen. Er fuhr, als er vor kurzem in den USA war, bei einem jener Restaurants vor, deren Portiers die Wagen der Gäste auf den Parkplatz chauffieren. Doch als Habel aussteigen wollte, weigerte sich der Mann in der Livree, seinen Dienst zu tun.

In einen Audi, erklärte der Portier, setze er sich nie, das sei „viel zu gefährlich“. Habel mußte den Wagen eben selbst auf den Parkplatz fahren.

Wie der Restaurant-Portier denken offenbar viele Amerikaner. Nach Berichten über Audi-Automatikwagen, die angeblich von alleine losrasten und nicht mehr zu bremsen waren, können sich dort immer weniger für ein Auto mit den vier Ringen am Kühler begeistern.

Im vergangenen Jahr sackte der Absatz der Ingolstädter in den USA von 74 000 auf 60 000 Wagen zusammen. Und für 1987 fürchtet Habel „ganz Dramatisches“. „Viel leicht“, sagt der Audi-Chef, „verkaufen wir

nur 30 000 Stück.“ Die Einnahmen aus den USA würden dann um mehr als 600 Millionen Dollar schrumpfen.

Die amerikanische Verkehrssicherheitsbehörde, Audi-Techniker und unabhängige Experten haben die Wagen inzwischen gründlich untersucht. Einen technischen Defekt konnte niemand feststellen. Offenbar haben die Fahrer schlicht das Pedal verwechselt.

Den Audi-Managern hilft das nichts. Der Ruf in den USA ist erst mal hin, nur einiges von dem verlorenen Terrain zurückzugewinnen, wird viel Geld kosten.

Gegenwärtig steigt Audi mit hohem Aufwand in die US-Werbung ein, treuen Kunden werden Rabatte ohnegleichen gewährt: Wer bereits einen Audi hatte und sich wieder einen kauft, erhält den Neuwagen 5000 Dollar billiger. Allein diese Aktion kostet im laufenden Jahr 50 bis 100 Millionen Dollar.

Vor drei Jahren noch, als VW gerade aus den roten Zahlen herauskam und das Audi-Geschäft florierte, verkündete Habel zum Ärger der Wolfsburger Konzernherrschaft: „Notfalls könnten wir auch ohne VW überleben.“ Das ist heute höchst ungewiß, möglicherweise wird Audi bald mal auf Hilfe aus Wolfsburg angewiesen sein. Probleme hat der süddeutsche VW-Ableger nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland. Gewiß, der neue Audi 80, ein äußerlich gelungenes Auto, hat einen Blitzstart hingelegt. In den ersten fünf Monaten wurden 100 000 Exemplare von dem Mittelklasse-Wagen verkauft. Gemeinsam mit dem Audi 90, der in diesen Tagen vorgestellt wird, sorgt der Neuling dafür, daß die Werke in Neckarsulm und Ingolstadt relativ gut ausgelastet sind und das Desaster in den USA nicht auf die Beschäftigung durchschlägt.

Doch trotz der erstaunlich guten Verkäufe bei dem Neuen hat Habel Schwierigkeiten mit dem Geldverdienen. Schon im vergangenen Jahr halbierte sich der Gewinn. Die Rendite ist gering.

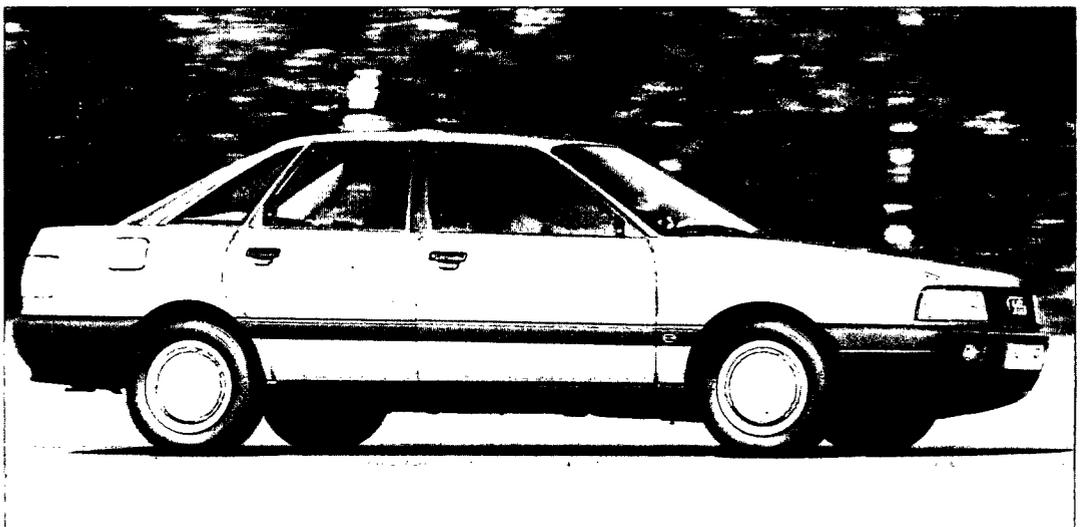
Die Audi-Manager müssen hohe Produktionskosten verkraften, weil sie weniger Autos als ihre Konkurrenten über die Bänder laufen lassen. Zudem sind die Kosten für die Entwicklung relativ hoch.

Das ist der Preis dafür, daß die Ingolstädter seit Jahren versuchen, sich neben Daimler-Benz und BMW als Marke der Oberklasse zu etablieren. Entwicklungschef Ferdinand Piëch handelte nach der Devise: „Wenn wir nach oben wollen, müssen wir Signale setzen.“ Und die kosten zunächst einmal viel Geld.

Mit dem Quattro, dem schnellsten Serienauto mit permanentem Allrad-Antrieb, mit weltmeisterlichen Luftwiderstandswerten und mit Erfolgen auf Ral-



Audi-Entwickler Piëch
Ohne Chance auf den Chef-Posten



Neuer Audi 80: Hohe Produktionskosten schmälern den Gewinn